

Ruf nach mehr Miteinander auf freiwilliger Basis

Kommunen von Gießen bis Wetzlar bleiben in Fragen des Flächenmanagements für Wohnen und Gewerbe im Dialog

Gießen/Pohlheim (so/bf). Sie versprechen einander mehr Zusammenarbeit und eine bessere Abstimmung beim Flächenmanagement in der Region. Die Städte Gießen und Wetzlar sowie die angrenzenden Städte und Gemeinden wollen künftig mehr gemeinsame Weichen stellen bei Fragen von Gewerbeflächen und Wohnbau land. Weg vom Kirchturmsdenken, hin zu Kooperation. Am »grünen Tisch« wird die Sache bisher vorangetrieben und vorbereitet, der Praxistest steht freilich noch aus. Und dieser steht und

»Refina« ist ein Förderschwerpunkt, den das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) 2004 im Forschungsprogramm Nachhaltigkeit gesetzt hat, um einen effizienteren Umgang mit Grund und Boden zu fördern. »Refina« steht für »Forschung für die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme und ein nachhaltiges Flächenmanagement«. Im Rahmen von »Refina« sollen Konzepte entwickelt und erprobt werden, mit deren Hilfe unterschiedliche Ziele, wie wirtschaftliches Wachstum, Umwelt- und Naturschutz, aber auch sozialgerechte Wohnungsver-sorgung, städtebauliche Qualität und Mobilität besser vereinbart werden können.

Klar ist, dass kommunale Interessen unterschiedlich gelagert sind: Umlandgemeinden wie Heuchelheim, Linden oder Wetttenberg, Pohlheim oder Lahnu setzen da ganz andere Schwerpunkte als die Städte Gießen und Wetzlar. Und sehen sich im Wettbewerb.

In Gießen etwa drehen sich Fragestellungen um Konversionsflächen in Größenordnungen von mehr als 200 Hektar, in den kleineren Gemeinden schießt man auf die »grünen Wiesen«, will Bevölkerungszuwachs durch neue Baugebiete generieren. Noch ist im Landkreis Gießen ein leichtes Bevölkerungswachstum zu verzeichnen, das aber bis 2014 über einen Moment der Stagnation in eine rückläufige Bevölkerungsentwicklung umschlagen wird.

Wanderungsgewinne funktionieren nicht mehr so einfach wie gehabt, und angesichts der Überalterung der Bevölkerung wird der Negativ-Prozess voraussichtlich an Dynamik gewinnen. Da sollen aber verstärkt Steuerungsinstrumente greifen, die bis hin zum Flächenverzicht reichen können, wenn dieser finanziell ausgeglichen werden kann, etwa über die Kooperation in ei-

nem Gewerbeflächenpool. »Fairer Interessenausgleich« war denn auch das Stichwort für den gastgebenden Bürgermeister Karl-Heinz Schäfer, wenn es gelingen sollte, einen regionalen Gestaltungsauftrag wahrzunehmen und die Attraktivität der gesamten Region zu stärken.

Experten: »Handelnde Akteure vernetzen«

Moderiert und wissenschaftlich begleitet wird dieser Prozess, der jetzt Handlungsoptionen und erste Umsetzungsschritte zur verbesserten Kooperation aufzeigen soll, von einer Forschergruppe um Prof. Willy Spannowsky (Technische Universität Kaiserslautern). Der Wissenschaftler stellt fest, dass die Auswirkungen des demographischen Wandels in der Stadtregion Gießen-Wetzlar bisher noch kaum zu spüren sind und damit die Motivation der Kommunen zum Umlenken eher gering ist. Heute eingeleitete Planungen stellen jedoch die Weichen für die zukünftige Flächenpolitik und werden direkte Auswirkungen auf die kommunalen Finanzhaushalte nach sich ziehen.

Spannowskys Einschätzung: »Ohne Kooperation zwischen den Kommunen der Stadtregion mit einer stagnierenden bis schrumpfenden Bevölkerung wird sich die Situation der konkurrierenden Flächenausweisung weiter zuspitzen und mittelfristig auch kurzzeitige Gewinner im Flächen-Poker zu Verlierern werden lassen«.

Ziele des unter der Federführung von Dr. Uwe Ferber (Projektgruppe Stadt und Entwicklung, Leipzig), und Heinz Bergfeld (Institut für Regionalmanagement, Solms), erarbeiteten Konzeptionsentwurfes sind die Stärkung der Kernregion durch Sichern der bestehenden Flächenpotenziale sowie den konzentrierten Ausbau der regional bedeutsamen Flächen für Gewerbe und In-

dustrie. Dazu kommt die Profilierung der Teileräume durch räumliche Schwerpunktsetzungen sowohl im gewerblichen Bereich als auch im Bereich Wohnsiedlung. Des Weiteren plädieren die Forscher für eine Rücknahme bestimmter im Regionalplan geplanten Siedlungsflächen, die durch die verstärkte Akzentsetzung zugunsten der Innenentwicklung nicht mehr benötigt werden. Heißt konkret: Aktivieren von Leerstand oder nicht vollumfänglich genutzten Flächen in den Ortskernen auch mit Hilfe von Förderprogrammen wie Stadt- oder Dorferneuerung, um im Gegenzug auf Neubauf lächen zu verzichten. Spannowskys klarer Hinweis dabei: Funktioniere diese Zusammenarbeit nicht, müsse staatlich gesteuert werden – gegebenenfalls mit einem Kooperationsgebot. Zudem spricht er sich für eine »Koordinierungs- und Lenkungsstelle für raumbedeutsame Projektentwicklungen« aus, um die handelnden Akteure zu vernetzen.

Ein weiterer Handlungsansatz könnte ein Gewerbeflächenmanagement unter »Refina«-Vorzeichen umfassen. Das bedeutet beispielsweise, dass die Kommunen mit regional bedeutsamen Flächen die Reihenfolge der Vermarktung festlegen, bestimmte Flächen auf Zeit oder komplett aus der Entwicklung genommen werden könnten und Filetstücke auf der »grüne Wiese« nur vermarktet werden dürfen, wenn gleichzeitig weniger attraktive Flächen aufgewertet werden. Vorgeschlagene Konzepte und Maßnahmen dienen, so die Experten, nicht nur dem Flächenschutz, sondern förderten auch die kommunale Handlungsfähigkeit, die auch durch die konkurrierende Flächenpolitik zunehmend eingeschränkt werden wird. Kommunen mit immer höherer Verschuldung bleibt nur die interkommunale Kooperation, um handlungsfähig zu bleiben.